

19. Wahlperiode

---

## **Antrag**

der AfD-Fraktion

### **Terrorfinanzierung stoppen! Keine Gelder Deutschlands und der EU mehr für die Palästinensische Autonomiebehörde und die Hamas**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird ersucht, sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative für einen vollständigen Stopp sämtlicher Finanzströme Deutschlands und der EU an die palästinensische Autonomiebehörde einzusetzen. Sämtliche Entwicklungshilfeprojekte im Gaza-Streifen sind seitens der Bundesrepublik Deutschland und der EU nicht mehr zu finanzieren; insbesondere die Projekte des UN-Hilfswerks für Palästinaflüchtlinge (UNRWA). Diese Maßnahmen sind solange aufrechtzuerhalten, bis eine Befriedung der Region erreicht worden ist und das Existenzrecht Israels von palästinensischer Seite aus offiziell anerkannt wird.

---

### ***Begründung***

Israel kritisiert seit Jahren, „dass Deutschland und die EU Organisationen finanzieren, die palästinensische Terroristen aktiv unterstützen“<sup>1</sup>. Dazu zählen laut israelischen Angaben Tarnorganisationen wie die „Union of Agricultural Work Committees“ (UAWC), welche allein von 2014 bis 2022 sechs Millionen Euro von der EU erhielt und Verbindungen zur „Volksfront zur Befreiung Palästinas“ (PFLP) unterhält<sup>2</sup>.

---

<sup>1</sup> Claudia von Salzen: [Hilfen für Palästinenser: Wie die EU eine „Hochburg der Hamas“ finanzierte](https://www.tagesspiegel.de), tagesspiegel.de, 15.10.2023.

<sup>2</sup> Vgl. ebd.

Laut eigenem „Finanztransparenzsystem“ hat die EU „in den vergangenen fünf Jahren fast 600 Millionen Euro“<sup>3</sup> an die palästinensische Autonomiebehörde gezahlt. Für den Zeitraum zwischen 2021 und 2024 sind insgesamt knapp 1,2 Milliarden Euro EU-Gelder für die Palästinensergebiete vorgesehen<sup>4</sup>. Die palästinensische Autonomiebehörde gilt als „völlig korrupt“<sup>5</sup> und „tief in Terrorförderung verstrickt“<sup>6</sup>. Scheich Ashraf Ja’abari, ein Gegner der Palästinensischen Autonomiebehörde unter der Leitung von Mahmoud Abbas, schätzt, dass „70 Prozent der Entwicklungshilfe schlicht und einfach von den Funktionären der Abbas-Behörde veruntreut werden“<sup>7</sup>. Ein zentraler Vorwurf Israels gegenüber der EU im Zusammenhang mit der Finanzierung der Palästinensischen Autonomiebehörde bezieht sich darauf, „dass Fördergelder regelmäßig an die Familien von Terrorattentätern gehen“<sup>8</sup>. Es handelt sich hierbei um sogenannte „Märtyrerrenten“<sup>9</sup>. Ursprünglich war die Zahlung von EU-Geldern an die palästinensische Autonomiebehörde an die Durchführung von Wahlen geknüpft. Diese Forderung wurde in den letzten knapp zwei Jahrzehnten aber nicht umgesetzt.<sup>10</sup>

Im Gaza-Streifen ist das UN-Hilfswerk (UNRWA) Dreh- und Angelpunkt westlicher Finanzhilfen. In Schulen des UNRWA werden „Bücher mit judenfeindlichen Inhalten“<sup>11</sup> verwendet. Außerdem gebe es grundsätzliche „Zweifel an der Unabhängigkeit der UN-Institution“<sup>12</sup>: Laut einer Untersuchung des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestags hätten hochrangige Vertreter des UNRWA versucht zu rechtfertigen, „dass die Hamas auf menschliche Schutzschilde zurückgreift“<sup>13</sup>. Deutschland war 2022 zweitstärkster Geldgeber des UNRWA mit etwa 200 Millionen Euro<sup>14</sup>. Die deutsche Regierung erhöhte die Zahlungen an das UNRWA drastisch, nachdem „die USA unter Donald Trump ihre Zahlungen zwischenzeitlich eingestellt hatten“<sup>15</sup>.

Von 2014 bis 2019 flossen insgesamt 1,76 Millionen Euro EU-Gelder an die Islamische Universität Gaza<sup>16</sup>, obwohl „Verbindungen zwischen der Islamischen Universität und der radikal-islamischen Hamas“<sup>17</sup> schon lange bekannt gewesen seien. Das israelische „Meir-Amit-Informationszentrum für Geheimdienst und Terrorismus“ gibt an, dass „es sich bei der Bildungseinrichtung um eine ‚Hamas-Hochburg‘“<sup>18</sup> handle.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht nachvollziehbar, dass Vertreter der Bundesregierung und der EU in der aktuellen Situation ankündigen, die Finanzströme in Richtung Gaza überprüfen

---

<sup>3</sup> Ebd.

<sup>4</sup> Vgl. Claudia von Salzen: [Hilfen für Palästinenser: Wie die EU eine „Hochburg der Hamas“ finanzierte](#), tagesspiegel.de, 15.10.2023.

<sup>5</sup> Sandro Serafin: Ein Pulverfaß ohne Boden, Junge Freiheit, 20.10.2023, S.12.

<sup>6</sup> Ebd.

<sup>7</sup> Chaim Noll: Der Pakt mit dem Terror, CATO 1/2024, S. 10.

<sup>8</sup> Ebd.

<sup>9</sup> Vgl. ebd.

<sup>10</sup> Vgl. Chaim Noll: Der Pakt mit dem Terror, CATO 1/2024, S. 10.

<sup>11</sup> Claudia von Salzen: [Hilfen für Palästinenser: Wie die EU eine „Hochburg der Hamas“ finanzierte](#), tagesspiegel.de, 15.10.2023.

<sup>12</sup> Ebd.

<sup>13</sup> Ebd.

<sup>14</sup> Vgl. Sandro Serafin: Ein Pulverfaß ohne Boden, Junge Freiheit, 20.10.2023, S.12.

<sup>15</sup> Sandro Serafin: Ein Pulverfaß ohne Boden, Junge Freiheit, 20.10.2023, S.12.

<sup>16</sup> Vgl. ebd.

<sup>17</sup> Ebd.

<sup>18</sup> Sandro Serafin: Ein Pulverfaß ohne Boden, Junge Freiheit, 20.10.2023, S.12.

zu wollen, anstatt sie sofort einzufrieren. Höchst fraglich ist überhaupt, ob deutsche Regierungsstellen in der Lage sind, die Finanzströme in Richtung der palästinensischen Autonomiebehörde und in den Gaza-Streifen zu überprüfen. Dieses Dilemma beschreibt der Journalist und Schriftsteller Chaim Noll folgendermaßen:

„Generell können die deutschen Regierungsstellen die Vergabe von Geldern im Nahen Osten kaum überprüfen, da ihnen der Einblick in die Verhältnisse verwehrt bleibt. Mit ihren für Außenstehende undurchschaubaren, auf Clan- und Stammesstrukturen basierenden Netzwerken, die selbstverständlich inoffiziell und unerwähnt, sozusagen ‚unterirdisch‘ bleiben, tricksen die Vor-Ort-Mitarbeiter erfolgreich jede westliche Überprüfung aus. Das ist lange eingeübt, bis zur Perfektion. Das Täuschen des Geldgebers gehört zu ihrer Kultur, es wird in diesem Fall nicht mal als Täuschung (Taqiya) wahrgenommen. Generosität meint in ihrer Tradition Geben ohne Bedingungen, ohne Überprüfung. Der Geber gilt in diesem Geschäft als der schwächere Teil, als Gewinner die Geld eintreibende islamische Entität. Aus Sicht der Bewohner von Gaza ist es die Hamas, die das Geld beschafft hat und es verteilt – daher befestigen diese Zahlungen in Wahrheit deren Macht.“<sup>19</sup>

Vor diesem Hintergrund schlussfolgert Chaim Noll, dass „Beteuerungen der deutschen Außenministerin oder anderer Verantwortlicher, sie wüssten, dass die für ‚humanitäre Hilfe‘ oder ‚Entwicklung‘ bestimmten Gelder tatsächlich den Hilfsbedürftigen [...] zugute kommen“<sup>20</sup>, unglaubwürdig seien.

Das Hin und Her bei der Frage der Hamas-Finanzierung zeigt überdies die bedenkliche Uneinigkeit der EU bei wichtigen Entscheidungen auf. Nach dem 7. Oktober war in diesem Punkt eine heillose Kakophonie aus Brüssel medial vernehmbar und es gab schwere „Spannungen“<sup>21</sup> innerhalb der EU-Kommission. Die EU schien mit der Lage vollkommen überfordert und unfähig, mit einer abgestimmten Position geschlossen nach außen zu treten.

Neben der konsequenten Bekämpfung von Islamismus, islamischem Antisemitismus und Israel-Hass in Deutschland und Europa müssen sämtliche Finanzströme Deutschlands und der EU in die Palästinensergebiete umgehend eingestellt werden, damit eine Finanzierung der Hamas unterbunden und ihre militärischen Kapazitäten eliminiert werden.

Berlin, den 08.12.2023

Dr. Brinker Gläser Dr. Bronson Lindemann  
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion

---

<sup>19</sup> Chaim Noll: Der Pakt mit dem Terror, CATO 1/2024, S. 11 f.

<sup>20</sup> Chaim Noll: Der Pakt mit dem Terror, CATO 1/2024, S. 12.

<sup>21</sup> [Hamas-Angriff auf Israel: EU streitet über Hilfszahlungen für Palästinenser](https://www.tagesschau.de/2023/10/10/hamas-angriff-auf-israel-eu-streitet-ueber-hilfeszahlungen-fuer-palaestiner-101023.html), tagesschau.de, 10.10.2023.